

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Esendiller, Sebastian Münzenmaier, Kay-Uwe Ziegler, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Dr. Michael Kaufmann, Barbara Lenk und der Fraktion der AfD

Unterbrechungen heimischer Lieferketten und logistischen Kollaps infolge der Energiepreisinflation verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die hohen Energiepreise sind ein existentielles Risiko für die gesamte deutsche Industrie. Energieintensive Unternehmen fahren als Reaktion auf die explodierenden Kosten für Strom und Gas ihre Produktion herunter oder setzen sie vollständig außer Betrieb. In der Folge sinkt der Gasverbrauch zur Freude der Bundesregierung, die seit Monaten darum bemüht ist, den Gasverbrauch von Haushalten und Unternehmen zu senken.

Der sinkende Gasverbrauch in der Industrie geht allerdings mit einer sinkenden Produktion neuer Güter einher. Insbesondere die energieintensive Stahl-, Glas- und Chemieindustrie produzieren Vorprodukte, die durch Produktionskürzungen verknappt werden und dadurch entweder im Preis steigen, was wiederum die Erzeugerpreise weiter in die Höhe treibt. Oder weiterverarbeitenden Unternehmen fehlen die entsprechenden Vorprodukte vollständig, was wiederum zu Produktionskürzungen in nachfolgenden Gliedern komplexer und langer Wertschöpfungsketten führt. Es handelt sich hierbei im Gegensatz zu exogenen Unterbrechungen der Lieferketten bspw. durch Havarien in neuralgischen Meeresengen wie dem Suezkanal oder Corona-Lockdowns wie in China um kostenbedingte endogene Unterbrechungen der heimischen Lieferketten.

In diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist die Chemie- und Düngemittelbranche, da deren Produkte häufig nicht nur früh in komplexen und langen Wertschöpfungsketten angesiedelt sind, sondern auch für das Funktionieren der Logistik in Deutschland sowie für die heimische Landwirtschaft außerordentlich relevant sind.

Beispielhaft hierfür stehen die Stickstoff- und Harnstofflösungen der Stickstoffwerke SKW Piesteritz in Sachsen-Anhalt und ihre 850 Mitarbeiter. Die SKW Piesteritz gab im August 2022 bekannt, die Produktion des Dieselreinigers AdBlue sowie von Stickstoffdünger auszusetzen, da die Produktion zu den gegebenen Gaspreisen nicht mehr wirtschaftlich sei und dem Unternehmen durch die Erhebung der geplanten Gasumlage ab Oktober 2022 voraussichtlich zusätzlich Gaskosten in Höhe von 30 Millionen Euro drohen, da Gas in der Produktion als Rohstoff genutzt werde und daher auch nicht

ersetzbar sei. Die SKW Piesteritz gehört neben BASF und Yara zu den größten deutschen Herstellern von AdBlue. In Folge der Ankündigung der SKW Piesteritz warnte Dirk Engelhardt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Gütertransport und Logistik (BGL): „Kein AdBlue bedeutet keine Brumms. Und das bedeutet keine Versorgung für Deutschland“, da kaum ein LKW in Deutschland ohne den Dieselreiniger fährt und allein die Logistik pro Tag 2,5 Millionen Liter verbraucht. (<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/skw-piesteritz-adblue-hersteller-warnt-vor-leeren-lagern-a-86947549-0f64-4820-bd74-d99323e423c8>).

Unterbrechungen in der Produktion solcher Industrieunternehmen wie der SKW Piesteritz stellen ihrerseits ein existenzielles Risiko für das Funktionieren der Logistik in Deutschland dar. Zudem können solche Unterbrechungen der Wertschöpfungsketten erhebliche Ausstrahleffekte auf die heimische Landwirtschaft haben, sowohl durch den Mangel des Dieselreinigers AdBlue als auch durch den Mangel von Stickstoffdünger, die es ebenfalls zu verhindern gilt.

Hier braucht es eine schnelle Lösung, denn am 16.09.2022 warnte der ADAC Dieselfahrer vor den steigenden Preisen durch Verknappung des Dieselreinigers AdBlue. (<https://www.adac.de/news/adblue-preis-gestiegen/>).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. präventiv für das Funktionieren der Logistik systemrelevante Industrieunternehmen festzustellen, hierbei gesondert die SKW Piesteritz zu prüfen und solche systemrelevanten Industrieunternehmen im Falle eines Engpasses in der Gasversorgung temporär bevorzugt mit Erdgas zu versorgen;
2. Unterbrechungen heimischer Lieferketten mit entsprechender inflationärer Wirkung auf Erzeuger- und Verbraucherpreise sowie einen logistischen Kollaps zu verhindern, statt diese aktiv durch die Senkung des Gasverbrauchs in der Industrie herbeizuführen, und hierfür
 - a. die inflationstreibende Gasumlage zurückzunehmen, um die Gaspreise nicht noch weiter zu erhöhen,
 - b. kurzfristig das energiepolitische Ziel Bezahlbarkeit der Energie gegenüber außenpolitischen Zielen zu priorisieren und hierfür bspw. mit Russland über die Rücknahme von Wirtschaftssanktionen und über die Wiederaufnahme von Gaslieferungen zu verhandeln, um eine bezahlbare Gasversorgung sicherzustellen, sowie durch Diversifizierung der Quellen, insbesondere durch Einbezug der einheimischen Energierohstoffvorkommen, Souveränität in der Energieversorgung herzustellen,
 - c. alle ihr zur Verfügung stehenden Optionen zu nutzen, den Gasverbrauch in der Stromerzeugung zu reduzieren, um das Gasangebot für die Industrie zu erhöhen, bspw. durch den Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke.

Berlin, den 27. September 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion